

Clemens Schwerdtfeger

Ländliche Entwicklungsplanung in den USA – Strategien für die neunziger Jahre*

Kurzfassung

Nachdem die US-amerikanischen Förderprogramme zur Entwicklung des ländlichen Raumes jahrzehntelang recht einseitig auf die Landwirtschaft und die Farmbevölkerung ausgerichtet waren, kommt es zur Zeit auf Regierungsebene zu einer interessanten Umorientierung in der Regionalpolitik. Bedingt durch die Strukturkrise der ländlichen Industrie während der achtziger Jahre, wurden von Expertengruppen verschiedener Ministerien neue Leitlinien für die ländliche Entwicklungsplanung erarbeitet.

Das Ende 1990 verabschiedete Farmgesetz enthält neben administrativen Veränderungen ein breites Maßnahmenbündel zum Gesamtspektrum ländlicher Problembereiche. Deutlich wird, daß die ländliche Entwicklungsplanung in den USA in Zukunft stärker an lokalen und regionalen Bedürfnissen orientiert werden soll, wobei insbesondere den einzelnen Bundesstaaten ein hoher Anteil bei Durchführung und Finanzierung von Förderprogrammen zugesichert wird.

1. Einleitung

Das vergangene Jahrzehnt hat die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den ländlichen Regionen der Vereinigten Staaten deutlich verschärft. Arbeitslosigkeit und Armut sind drastisch angestiegen, nahezu alle Branchen der ländlichen Industrie unterliegen Strukturkrisen. Rasche und effektive Hilfen für den ländlichen Raum werden von einer durch die Medien sensibilisierten Öffentlichkeit genauso gefordert, wie langfristige Strategien zur Verbesserung der tiefgreifenden strukturellen Defizite. Der nachfolgende Beitrag zeigt auf, wie die Verantwortlichen in Politik und Planung auf diese Erfordernisse zu reagieren versuchen, und gibt einen Überblick über die regionalpolitischen Strategien der Bundesregierung für die neunziger Jahre.

2. Entwicklung und Probleme staatlicher Förderpolitik

Eine klar definierte "Politik für den ländlichen Raum" hat es in den USA nie gegeben. Allerdings versuchen sowohl Regierungsbehörden wie auch unterschiedliche Institutionen in den einzelnen Bundesstaaten bereits seit nahezu neunzig Jahren in einer Vielzahl von Programmen, die Bewohner ländlicher Gebiete zu unterstützen. Zu Beginn dieser Initiativen, Anfang des Jahrhunderts, lebte rund ein Drittel der Bevölkerung der Vereinigten Staaten auf Farmen. "Get the farmer out of the mud!" war der Slogan ländlicher Förderpolitik in der Zeit des "New Deal" der dreißiger Jahre, in der der Bau von Straßen, eine Verbesserung der Postverbindungen und insbesondere der Ausbau des Elektrizitätsnetzes unterstützt wurde, um die oft weit auseinander liegenden Farmen an die Markt- und Kommunikationsverbindungen anzuschließen (1). Obwohl heute nur noch ca. 2 % der US-Bevölkerung auf Farmen lebt, erfährt ländliche Entwicklungspolitik nach wie vor vielfach eine Gleich-

setzung mit Programmen, die hauptsächlich auf die Förderung der Landwirtschaft zugeschnitten sind.

Die starken Interessengruppen und Verbände der Farmer, die großen Einfluß auf die Verteilung von Fördermitteln für ländliche Gebiete ausüben, bilden für die Verantwortlichen in der Planung ein großes Problem.

"In 1986, total Federal spending on agricultural programs was nearly \$ 22 billion . . . Unfortunately, no policy directed primarily toward a single sector can address the widespread structural adjustment problems currently being experienced across a large number and diverse group of manufacturing-dependent and natural resourcebased rural economies. And the large cost of Federal programs directed to agriculture leaves little room in the budget to consider adjustment assistance programs for distressed rural areas." (2)

Über Versuche einer Abkehr von einer einseitig die Landwirtschaft fördernden Regierungspolitik für den ländlichen Raum berichtet Rasmussen (3), Agrarhistoriker des Landwirtschaftsministeriums. So gab es schon in den fünfziger Jahren Empfehlungen von Arbeitsgruppen zu den Problemen in den ländlichen Gebieten, die darauf abzielten, möglichst viele Personen in anderen ökonomischen Sektoren unterzubringen. Erste "Rural-Development-Committees", bestehend aus Repräsentanten von Gemeinden, lokalen sowie Regierungsbehörden, hatten die Aufgabe, die arbeitslose oder unterbeschäftigte Bevölkerung im ländlichen Raum für Beschäftigungen außerhalb der Landwirtschaft auszubilden. Der Strukturwandel im Agrarsektor der USA, gekennzeichnet durch eine Konzentration auf große Einheiten sowie Mechanisierung und Rationalisierung, führte jedoch zunächst dazu, daß allein zwischen 1950 und 1970 der Anteil der Farmbevölkerung noch einmal von über 15 % auf ca. 5 % sank. Es war nicht gelungen, parallel zu einer verbesserten Ausbildung auf dem Lande auch Industrien anzusiedeln, so daß viele Menschen in den Städten einen Arbeitsplatz suchten. Diese litten Ende der sechziger Jahre unter Überbevölkerung, während die im ländlichen Raum verbliebene Bevölkerung in relativer Armut verharrte.

Erst zu Beginn der siebziger Jahre erfolgte – eingeleitet mit dem Rural Development Act von 1972 – eine stärkere Problemorientierung in den politischen Maßnahmen, die nunmehr eine "Industrialisierung" des ländlichen Raumes zum Ziel hatten. Zunächst erwies sich diese Strategie, die mit einer wachsenden Nachfrage im Energiesektor zusammenfiel, als sehr erfolgreich. Arbeitsplätze konnten geschaffen werden, Migrationsgewinne und Wachstumsraten in ländlichen Gebieten lagen erstmals wieder über denen der Städte, so daß sich eine echte "rural-renaissance" abzuzeichnen schien. Heute zeigt sich jedoch, daß viele der in den siebziger Jahren geschaffenen Arbeitsplätze und das Beschäftigungswachstum auf dem Lande hauptsächlich auf Regionen der Rohstoffgewinnung konzentriert waren. Hier hatten in aller Regel Arbeitnehmer mit relativ geringem Ausbildungsstand eine Beschäftigung gefunden. Als es – beginnend mit der Rezession in den USA von 1979 bis 1982 – in den achtziger Jahren zu Krisen in der Öl- und Kohleförderung und in der Landwirtschaft kam, wurde die

Instabilität des Systems ländlicher Ökonomie deutlich. Für die schlecht ausgebildeten Arbeitskräfte, die nun entlassen wurden, boten sich keine Alternativen. Von den Wachstumsbranchen der USA wurden im Dienstleistungs- und High-Tech-Bereich qualifizierte und gut ausgebildete Arbeitskräfte vor allem in den Städten nachgefragt. Die Armutsrate im ländlichen Raum stieg infolgedessen Mitte der achtziger Jahre dramatisch an; die Bevölkerung der Krisengebiete wanderte ab, vielen Regionen droht die langfristige Entsiedlung (4). Zwar erfuhr der Agrarsektor in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre durch außerordentlich hohe Preisstützungen eine gewisse Konsolidierung, Politik und Planung waren jedoch nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte gefordert, langfristig wirkende Strategieüberlegungen zur Stabilisierung des gesamten ländlichen Raumes anzustellen. Hauptproblem schien eine Koordinierung der Vielzahl von bestehenden Programmen, die unter unterschiedlichsten Zuständigkeiten regionale Entwicklungen fördern. Mit der Verabschiedung des Farmgesetzes von 1985 wurde eine Phase von Reformüberlegungen zu den bisherigen Fördermaßnahmen eingeleitet:

- * Das "Appropriation Committee" des Senats, zuständig für die Genehmigung staatlicher Finanzierungen, gab bereits kurz nach der Verabschiedung des Farmgesetzes beim Economic Research Service, einer Art "Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft", eine Studie in Auftrag, mit dem Ziel "to identify alternatives for maintaining and strengthening economic development in rural communities...". Im Rahmen dieser Studie wurden von den Mitarbeitern verschiedener Ministerien in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern eine Situationsanalyse des ländlichen Raumes und der Effektivität politischer Einflußnahme erstellt. Der 1988 fertiggestellte Report (5) hebt vor allem die besondere Empfindlichkeit ländlicher Regionen für volkswirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen hervor. Dringender rät man zu einer Verbesserung der "human-resource-policy". Lokalen Problemen angepaßte Schul-, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die Bevölkerung auf dem Lande sollten im Vordergrund staatlicher Förderung stehen.

"Human-resource-policies in particular help people adapt to changing technologies and marketplace conditions. Such adaptations are essential if rural areas are to maintain a competitive position in the national and global economies and share in economic growth".

- * Einen weiteren Schritt auf dem Weg zur besseren Koordination der Maßnahmen für den ländlichen Raum bildete die Einsetzung einer Expertengruppe aus Vertretern der mit ländlichen Förderprogrammen befaßten nationalen Behörden durch Landwirtschaftsminister Yeauteer. Hauptaufgabe dieser "Rural Revitalization Task Force" war eine Bestandsaufnahme und Bewertung bisheriger Maßnahmen der Strukturförderung in den non-metro areas. Die Gruppe betont in ihrem Abschlußbericht (6), daß den bisherigen Förderprogrammen eine gemeinsame Strategie mit langfristigen Zielen fehle, und bemängelt die oft einseitig sektorale – vornehmlich auf die Landwirtschaft konzentrierte – Ausrichtung der Programme. Die Mitglieder der Expertengruppe empfehlen daher die Einsetzung eines Komitees, das Maßnahmen im ländlichen Raum koordiniert. Einig ist man sich außerdem darin, daß das primäre Ziel aller Strategien für die Zukunft eine echte wirtschaftliche Entwicklung "von unten" sein müsse. Die ländlichen Strukturen hatten sich Ende der siebziger Jahre vor allem deshalb als anfällig für die Rezession erwiesen, weil dem vorhergehenden Wirtschaftswachstum eine solide Basis fehlte. Nur in einer verbesserten Ausbildung und höher qualifizierten Arbeitsplätzen sieht man langfristig eine Chance, den ländlichen Raum zu stabilisieren

und weniger krisenanfällig zu gestalten (7). Hierzu gehören nach den Beurteilungen der Expertengruppe vor allem auch Information und Mobilisierung von Führungspersönlichkeiten in den Gemeinden.

- * Mitarbeiter dieser Arbeitsgruppen sowie von den Bundesstaaten nominierte Privatpersonen wurden schließlich in der "National Commission on Agriculture and Rural Development Policy" zusammengefaßt. Die Aufgabe dieser im Farmgesetz von 1985 vorgesehenen Kommission bestand darin, konkrete Empfehlungen zur Gestaltung künftigen politischen Handelns zu erarbeiten (8). Nachdem Ende 1989 zunächst ein Report zum Thema Agrarpolitik vorgelegt worden war, befaßten sich die nachfolgenden Tagungen und Arbeitskreise der Kommission mit der ganzen Bandbreite ländlicher Probleme, wie Gesundheitsfürsorge, Armut, Ausbildung, Infrastrukturdefiziten sowie wirtschaftlichen und ökologischen Schwierigkeiten. Unter dem Vorzeichen der Finanzmisere im US-Haushalt und des bereits unter Reagan eingeleiteten "New Federalism" sieht die Kommission in ihrem Report (9) die Hauptverantwortung zur Gestaltung und Finanzierung zukünftiger Förderung bei den einzelnen Bundesstaaten und den Gemeinden (10). Die Rolle der Regierungsbehörden wird danach eher auf Koordination und Information beschränkt sein. Hierzu soll eine neue Behörde geschaffen werden, die klar definierte Strategien für die ländliche Entwicklungspolitik entwirft.

Zusammenfassend lassen sich die Ergebnisse und Empfehlungen der Arbeitsgruppen auf mehrere gemeinsame Ziele reduzieren. Nach Ansicht aller Experten sollte ländliche Entwicklungsplanung in den USA in Zukunft

- weniger reines Wirtschaftswachstum als vielmehr eine stabile Entwicklung im ländlichen Raum fördern. "Economic development" heißt das Schlagwort der Empfehlungen. Damit ist gemeint, daß alle Initiativen darauf abzielen, den einzelnen Gemeinden oder Regionen möglichst eine eigene wirtschaftliche Basis zu schaffen. Um dies zu erreichen, setzt man in erster Linie auf eine verbesserte Ausbildung im ländlichen Raum, um für wettbewerbsfähige Industrien gut ausgebildete Arbeitskräfte vorzuhalten.
- alle Bereiche ländlicher Strukturen fördern. Man hat erkannt, daß eine rein sektorale Förderung, wie sie in der Vergangenheit vor allem der Landwirtschaft zugute kam, dem ländlichen Raum in seiner Gesamtheit nicht gerecht wird.
- weniger von nationalen als vielmehr von den einzelnen bundesstaatlichen Institutionen durchgeführt werden. Auf Seiten der Regierung soll sich eine Gruppe von Fachleuten in einer eigenen Behörde der Koordination aller Planungen widmen und einen besseren Informationsfluß gewährleisten.
- auf lokaler Ebene durchgeführt werden, um den sehr unterschiedlichen Problemen von Gemeinden und Regionen besser gerecht zu werden.

3. Maßnahmen und Programme für die neunziger Jahre

Nachdem sich der Zeitraum von 1985–1990 eher als eine Phase des Neuüberdenkens der Förderkonzepte für den ländlichen Raum kennzeichnen läßt, sind seit 1990 erste Anzeichen der politischen Umgestaltung im Sinne der vorgenannten Empfehlungen erkennbar. Auch in Gestalt und Durchführung des Ende 1990 beschlossenen Farmgesetzes zeichnen sich die Leitlinien der ländlichen Entwicklungspolitik für das nächste Jahrzehnt ab.

Ein erstes deutliches Signal der Verlagerung von Kompetenzen auf die einzelstaatliche Ebene bildete eine Initiative des Präsiden-

ten vom 22. Januar 1990, mit der in allen Bundesstaaten sog. "State Rural Development Councils" (SRDCs) eingesetzt werden. Beginnend in acht Pilotstaaten (Kansas, Maine, Mississippi, Oregon, South Carolina, South Dakota, Texas, Washington) liegt die primäre Aufgabe dieser Councils darin, Vertreter von Regierungsbehörden mit den Beauftragten für regionale Entwicklung in den Einzelstaaten sowie Bürgermeistern, privaten Investoren und Förderorganisationen zusammenzubringen. Damit will man den lokalen Bedürfnissen an Fördermaßnahmen besser gerecht werden. Der zur Erreichung einer angepaßten Förderpolitik in dem einzelnen Bundesstaat einschlagende Weg steht den Koordinatoren in den Councils frei, wodurch auch die Entwicklungsziele in den sehr unterschiedlich strukturierten Pilotstaaten variieren.

Eine ganz entscheidende Bedeutung für zukünftige Maßnahmen kommt auch dem Ende 1990 verabschiedeten Farmgesetz (Food, Agriculture Conservation and Trade Act of 1990) und seinen nachfolgenden Haushaltsberatungen zu, in denen Zeichen für die ländliche Entwicklungsplanung für das kommende Jahrzehnt gesetzt wurden. Während im Farm Bill von 1985 Preisstützungsprogramme für landwirtschaftliche Produkte im Vordergrund standen, ermöglichten die in den letzten Jahren wieder deutlich angestiegenen Einkommen der Farmer und die Notwendigkeit einer Abkehr von hohen Subventionen für die Landwirtschaft im Zeichen der GATT-Verhandlungen und des US-Haushaltsdefizits, sich Fragen des ländlichen Raumes in seiner Gesamtheit zuzuwenden.

Unter Titel XXIII des Farmgesetzes wurde im "Rural Development Act" den meisten der von den Experten ausgesprochenen Empfehlungen Folge geleistet. Insbesondere betrifft dies eine neu geschaffene Behörde auf nationaler Ebene, die sog. "Rural Development Agency (RDA)". Hier soll in Zukunft ein Großteil der Programme für den ländlichen Raum – insbesondere der bisher von der "Farmers Home Administration (FmHA)" verwalteten Industrie- und Wirtschaftsförderung – koordiniert und gesteuert werden.

Zu den Beschlüssen im Farmgesetz gehören weiterhin zwei Fünfjahresprogramme, an denen sich jeweils bis zu fünf Bundesstaaten beteiligen können. Bei den "Rural Investment Partnerships" handelt es sich um eine Maßnahme, bei der Darlehen an kleinere Unternehmen auf dem Lande mit bis zu 100 Beschäftigten vergeben werden. Weiterhin können zunächst fünf Pilotstaaten den Aufbau sog. "State Rural Economic Development Review Panels" beantragen. Dabei handelt es sich um Expertengruppen, die Förderanträge einzelner Gemeinden des Bundesstaates prüfen, in eine Reihenfolge der Bedürftigkeit bringen und so aufbereiten, daß auch nationale Förderprogramme gezielt eingesetzt werden können (11). Durch diese "Vorsortierung" soll es den Verwaltern von Regierungsprogrammen ermöglicht werden, die Fördermittel auch ohne direkte Ortskenntnisse möglichst sachgerecht einzusetzen.

Auch die von den Kommissionen vorgeschlagenen Konzepte zur Verbesserung der Chancengleichheit und Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Regionen finden sich in Form einiger neuer Programme im Farmgesetz verwirklicht. Im Bereich der "human-resources" gehören dazu die Finanzierung von Verbesserungen im Telefon- und Telekommunikationsnetz und eine bis zu 100prozentige Unterstützung bei der Benutzung von Telekommunikations- und Computerausrüstung durch Firmen, Fernstudenten oder Lehrkräfte im ländlichen Raum. Gemeinden auf dem Lande sollen außerdem verstärkt Unterstützung bei der lokalen Planung und der Ausbildung von Führungspersonlichkeiten erfahren. Für in finanzielle Schwierigkeiten geratene Städte und Gemeinden unter 20 000 Einwohnern sind staatliche Soforthilfen vorgesehen.

Den Aufbau einer tragfähigen ländlichen Ökonomie unterstützen der sog. "Rural Business Incubator Fund" und der "Extension

Service" mit finanziellen Hilfen zum Aufbau von Industrie im ländlichen Raum. Hierzu gehören sowohl Mittel zum Aufbau der internen Infrastruktur (z.B. Computersoft- und Hardware) als auch die Unterstützung der Bundesstaaten bei der Einstellung von Beratern und Experten für den ländlichen Raum durch den Extension Service. In einer Reihe weiterer Programme kommt dem ländlichen Raum technische und wissenschaftliche Hilfestellung zu.

Schließlich wurde auch die Etablierung von weiteren "Rural Development Councils" beschlossen. Allerdings ist ein Großteil dieser Vorhaben noch vom "Appropriations Committee" zu genehmigen. Im politischen System der USA stellt dieses Komitee, vor allem beim derzeitigen finanziellen Defizit des US-Haushaltes, eine ganz entscheidende Hürde dar. So wurde auch erst im Juli 1991 nach zähem Ringen und gegen den Widerstand des Vorsitzenden im Haushaltskomitee die Einsetzung der "Rural Development Agency" im USDA beschlossen. Immer noch prallen in allen Fragen von Fördermitteln Interessengegensätze von Agrarlobbyisten und Vertretern einer ganzheitlichen Förderung für den ländlichen Raum aufeinander. Die Überstimmung der Vertreter der Landwirtschaft bei der Etablierung der neuen Behörde wird jedoch als wichtiges Zeichen für künftige Entscheidungen gewertet.

Ob mit diesen auf politischer Ebene eingeleiteten Reformen die Probleme des ländlichen Raumes gelöst werden können, läßt sich noch nicht absehen. Zumindest signalisieren sie jedoch – wenn auch aus den Sachzwängen des Haushaltsdefizits entstanden – eine in Zukunft stärker an lokalen Bedürfnissen ausgerichtete Programmatik und mit den Diskussionen zum Farmgesetz eine verstärkte Orientierung auf das Gesamtspektrum der offenen Fragen im ländlichen Raum. Sicher scheint ferner, daß die Regierungsbehörden in Washington D.C. ihre künftige Rolle eher auf Koordination und Hilfestellung beschränkt sehen, während Durchführung und Finanzierung von Maßnahmen auf die Behörden in den einzelnen Bundesstaaten übertragen werden. Wie weit sich diese dann allerdings noch von nationalen Administrationen Vorgaben machen lassen werden, bleibt abzuwarten. Seit Beginn der Politik des "New Federalism" scheint das Selbstbewußtsein der Bundesstaaten stark gewachsen zu sein, so daß man wohl in Zukunft noch weniger als bisher von einer einheitlichen Politik für den ländlichen Raum in den USA sprechen kann.

4. Schlußbemerkung

Die Umgestaltung in der US-amerikanischen Regionalpolitik weist interessante Parallelen zu den Entwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft auf. Gespräche mit Experten im amerikanischen Landwirtschaftsministerium und in der EG-Kommission in Brüssel belegen sehr deutlich, daß sich in der Bewertung von Förderprogrammen zur Entwicklung im ländlichen Raum in den letzten Jahren Veränderungen ergeben haben. Die Europäische Gemeinschaft hat diesen bereits 1987 mit der Reform ihrer Strukturfonds Rechnung getragen, in den Regierungsbehörden der USA finden zur Zeit ähnliche Umstrukturierungen statt. Dabei ist unverkennbar, daß man – gegen den zum Teil massiven Widerstand der Vertreter der Landwirtschaft – versucht, die Förderprogramme so zu gestalten, daß sie dem sinkenden Anteil der Agrarbevölkerung im ländlichen Raum gerecht werden. Eine ebenfalls parallele Entwicklung zeichnet sich in der Hinwendung zu einer an lokalen und regionalen Problemen orientierten Planung ab, die endogene Entwicklungspotentiale aktiviert. Für alle diejenigen, die sich mit der Entwicklung im europäischen Raum beschäftigen, erscheint es gerade wegen dieser ähnlich gelagerten Problemstellungen besonders interessant, die US-amerikanischen Erfahrungen mit den Förderprogrammen für den ländlichen Raum zu beobachten und

den Meinungsaustausch mit den amerikanischen Experten zu pflegen.

Anmerkungen

* Der vorliegende Beitrag setzt die Beschäftigung des Autors mit dem ländlichen Raum und der Regionalpolitik in den USA im Rahmen eines Internships im Economic Research Service (ERS) des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums (USDA) fort. Vgl. hierzu *Schwerdfeger, C.*: Der ländliche Raum der USA – gerüstet für die Zukunft? In: *Geographische Zeitschrift*, 79 (1991) 1, S. 11–25. Das Material zu diesem Beitrag konnte im Sommer 1991 zusammengestellt werden. Dank gebührt neben dem German Marshall Fund, der die Aufenthalte in Washington D.C. und im Mittelwesten der USA finanzierte, vor allem *Thomas D. Rowley* von der Agriculture & Rural Economy Division des USDA sowie Prof. *William E. Saue* von der Universität in Madison (Wisconsin) und *Nancy Schwede*, Leiterin des Greater Nebraska Job Training Program in Norfolk (Nebraska), die mir interessante Einblicke in ihre Arbeit ermöglichten.

(1)
Vgl. *Rasmussen, W.D.*: 90 Years of Rural Development Programs. In: *Rural Development Perspectives*, 2 (1985) 1, S. 2–9

(2)
Zitiert aus *Deavers, K.*: Choosing a rural policy for the 1980's and '90's. In: *Brown, D.L. u.a.*: *Rural Economic Development in the 1980's: Prospects for the Future.* – Washington D.C. 1988, S. 377–395, hier S. 279f.

(3)
Rasmussen, W.D., a.a.O., S. 3

(4)
Vgl. hierzu die Untersuchungen von *Windhorst* u. *Klohn* in Oklahoma und Kansas, veröffentlicht in: *Windhorst, H.-W., Klohn, W.* (1991): *Entwicklungsprobleme ländlicher Räume in den Great Plains der USA.* – Vechta 1991. = *Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft*, Bd. 2

(5)
Brown, D.L. u.a.: *Rural Economic Development in the 1980's: Prospects for the Future.* – Washington D.C. 1988

(6)
USD of Agriculture (Hrsg.): *A Hard Look At USDA's Rural Development Programs: The Report of the Rural Revitalization Task Force to the Secretary of Agriculture.* – Washington D.C. 1989

(7)
Ebenda, S. 3

(8)
Vgl. hierzu *Rowley, Th. D., Reid, J.N.*: Seeking a Rural Development Policy: Lessons from the National Commission on Agriculture and Rural Development Policy. In: *Choices*, (1991) 1, S. 33–35

(9)
National Commission on Agriculture and Rural Development Policy (Hrsg.): *Future Directions in Rural Development Policy.* – Washington D.C. 1990

(10)
Vgl. hierzu auch *Windhorst, H.-W.*: Die Krise des ländlichen Raumes in den USA – nicht nur eine Krise der Landwirtschaft. In: *Windhorst, H.-W., Klohn, W.*: *Entwicklungsprobleme . . . a.a.O.*, S. 11–38

(11)
Vgl. *Rowley, Th. D.*: Title XXIII – Rural Development. In: USD of Agriculture (Hrsg.): *Provisions of the Food, Agriculture, Conservation and Trade Act of 1990.* ERS/Agric. Inf. Bulletin Nr. 624, S. 122–127

*Dipl.-Geogr. Clemens Schwerdfeger
Institut für Strukturforschung und Planung
in agrarischen Intensivgebieten
Universität Osnabrück, Standort Vechta
Postfach 1553
2848 Vechta*